

Politische Teilhabe als Treiber der Transformation: Zum Potential von Citizen Science für die Erforschung der „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und politischer Partizipation

Karl-Rudolf Korte, Kristina Weissenbach

1. Einleitung

Welche Rolle spielen politische Teilhabe, politische Partizipation – und schlussendlich Routinen – von Bürgerinnen und Bürgern in Transformationsprozessen? Welche Bedeutung hat es für die derzeitigen Transformationsnotwendigkeiten in Deutschland, wenn Bürgerinnen und Bürger innerhalb der politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie keine Teilhabemöglichkeiten mehr erkennen? Wie wünschen sich Bürgerinnen und Bürger in Deutschland politische Teilhabemöglichkeiten und wie können wir dies empirisch erforschen?

Diese Fragen strukturieren den folgenden Beitrag. Er liefert (a) eine Auseinandersetzung mit dem Transformationsbegriff und (b) eine Bestandsaufnahme politischer Teilhabe und politischer Partizipation in Deutschland zu einem Zeitpunkt, zu dem das politische System Deutschlands vor Transformationsnotwendigkeiten unterschiedlicher Art und in unterschiedlichen Sektoren steht. Digitale Transformation, Transformation in Identitätsfragen wie Gleichstellung der Geschlechter oder von Zugewanderten, die Transformation zur Nachhaltigkeit – diese gesellschaftlichen Herausforderungen liegen quer zu Politikfeldern und Sektoren: Bildungspolitik, öffentliche Verwaltung, Wissenschaft oder der Wirtschaftssektor stehen hier nur exemplarisch. In solchen Zeiten von Unsicherheit findet politische Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern häufig außerhalb der politischen Institutionen statt, die im engeren Sinn Teil des politischen Prozesses sind, außerhalb politischer Parteien oder Wahlen. Die Konsequenzen hiervon werden (c) im zweiten Teil des Beitrags hergeleitet. Grundlegende Erkenntnis ist, dass in den unsicheren Zeiten des aktuellen Transformationsdrucks ein höherer Bedarf herrscht, Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen, um Akzeptanz für Transformation zu schaffen. Gelingt dies, so das Argument, kann

politische Teilhabe zum Treiber der Transformation werden. Abschließend (d) wird die „Wie“-Frage gestellt: Die Nachfrage-Seite politischer Teilhabe und politischer Partizipation wird in den Blick genommen: Wie wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands politische Partizipation und Teilhabe? Das Potential von Ansätzen der *Citizen Science* für die Erforschung von Teilhabe als Treiber der Transformation – exemplarisch für den Sektor der Wissenschaft – wird dabei herausgearbeitet, Gütekriterien der *Citizen Science* reflektiert und einem Praxistest unterzogen.

2. Der Transformationsbegriff

„Du hast Dich gar nicht verändert!“ Wer hat so einen Satz nicht auch schon einmal gehört? Wenn er auf das Äußere zielt und ehrlich gemeint ist, kommt das als Kompliment daher – immerwährende Frische und alterslose Dynamik? Doch wenn der Satz auf das Innere zielt, beleidigt er. Denn wer würde nicht zugeben müssen, sich ständig anpassen und ändern zu können, um mit Komplexitäts-Kompetenz zu protzen?

Bei Transformationen im Sinne tiefgreifender Veränderungen nehmen wir als Bürgerinnen und Bürger oft eine reaktive, manchmal aber auch eine aktive Rolle ein. Die Policy-Forschung arbeitet dabei mit den Begriffen von „dosiertem Wandel“ und „offensichtlicher Stabilität“ (Cairney 2011; Lowi 1972; Plümer/Schiffers 2022). Andere wissenschaftliche Perspektiven finden sich beim Soziologen Hartmut Rosa. Er hat auf die jeder Veränderung innewohnende Motivation in der Begrifflichkeit der Unverfügbarkeit verwiesen (Rosa 2021): „Das kulturelle Antriebsmoment jener Lebensform, die wir modern nennen, ist die Vorstellung, der Wunsch und das Begehrten, Welt verfügbar zu machen. Lebendigkeit, Berührung und wirkliche Erfahrung aber entstehen aus der Begegnung mit dem Unverfügbaren. Eine Welt, die vollständig gewusst, geplant und beherrscht wäre, wäre eine tote Welt“ (Rosa 2021: 8). Das Motiv der Veränderung führt offenbar zu paradoxen Effekten, die im Hinblick auf den Klimawandel aber auch den Verlust der Identität zerstörerisch wirken, wenn wir es nicht abwenden.

Veränderungen haben zudem nicht nur anthropologisch-kulturelle Hintergründe. Auch systemtheoretisch erhält sich das System als moderne Gesellschaft nur im Modus der stetigen Veränderung (Nassehi 2021). Systeme verändern sich meist langsamer als ihre Umwelt (Easton 1965). Die Gründer liegen zumeist darin, sich als System zu stabilisieren, um in volatilen Umwelten zu überleben. Routinen stabilisieren uns wiederum in sozialen

Rollen. Veränderungsdruck halten wir in der Regel nur mit solchen retardierenden und verlangsamen Techniken aus. Deswegen ist die Trägheit von Ordnungsbildungen und Handlungsoptionen erwartbar. Man kann es sogar noch zuspitzen: Selbst in disruptiven Momenten der Veränderung durch Schocks – wie wir sie gegenwärtig erleben – versuchen die Systeme und wir als Bürgerinnen und Bürger eher das Fortsetzen von Routinen zu organisieren, als produktiv mit der Veränderung als Angebot umzugehen. Die Konsequenz ist ernüchternd. Denn wenn wir die Systeme nur dynamisch stabilisieren können – und dabei im Modus der Steigerung (mehr, höher, weiter, schneller) agieren – bedarf es ständiger Transformationen. Wir müssen uns also verändern, um das zumindest zu erhalten, was uns wichtig erscheint.

Auch die Diversitätsforschung liefert Argumente mit ähnlicher Wucht. Denn schon der Evolutionsforscher Charles Darwin wusste: „Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, auch nicht die intelligente, sondern diejenige, die am besten auf Veränderungen reagiert.“ Vielfalt statt Monokulturen – in der Politik ebenso wie in der Gesellschaft – sichert dauerhaftes Überleben. Darin stecken gleich zwei Argumente. Die Widerstandsfähigkeit ist größer, wenn man über diverses, heterogenes Wissen verfügt. Für unser Erkenntnisinteresse – die politische Teilhabe und politische Partizipation – bedeutet dies die Notwendigkeit, dass Bürgerinnen und Bürger a) Zugang zu Wissen über das Zusammenspiel der Prozesse des politischen Systems erhalten und b) ihnen politische Teilhabemöglichkeiten und kontextspezifische Routinen erklärt werden und sie diese im besten Fall selbst gestalten können. Nur dann erscheint ein Anpassen an und Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie im Sinne von Resilienz (Kimhi/Eshel 2022) möglich. Denn neben dem Wissen, gilt die Anpassungsleistung durch Veränderung als Garant, neue Einflüsse produktiv für das System zu generieren (Endreß/Maurer 2015). Wir erkennen, wie trügerisch die Begrüßungsformel „Du hast dich gar nicht verändert“ sein kann. Heutige Realität ist ganz offensichtlich von Veränderungen als Transformation geprägt.

Das hat Geschichte. „The Great Transformation“ (Polanyi 1944) – mit diesem Titel beschrieb 1944 Karl Polanyi einen paradigmatischen Wandel der Gesellschaft. Gemeint war die Ausdifferenzierung von zwei Teilsystemen, der bürgerlichen Gesellschaft und der Ökonomie. Wandel existierte, Veränderung erfolgte, Transformation geschah. Die Treiber dieses Prozesses sind von Polanyi differenziert beschrieben – und der politische Begriff der Transformation ist seitdem mit diesem Titel verbunden, wenngleich

Transformation immer neue Bedeutungsinhalte erhielt (Kristof 2020). So fand der Begriff etwa für den Prozess der deutschen Einheit und die damit einhergehenden Umwälzungen 1989/90 Anwendung (Kollmorgen et al. 2015; Schleicher 2021; Schmidt 2010).

In der Demokratisierungsforschung und der vergleichenden Politikwissenschaft wird der Begriff der Transformation abgegrenzt von dem der politischen Transition und hilft Demokratiestandards zwischen politischen Systemen (Kollmorgen et al. 2015) zu ordnen. Bereits hier kommt der Entwicklung, Aktivierung und des Erhalts einer Bürgergesellschaft bei der Konzeptualisierung der Konsolidierung der Demokratie eine besondere Bedeutung zu (Merkel/Puhle 1999; Weissenbach 2016). Die Erkenntnis, dass die Akzeptanz der (im Kontext dieses Forschungsstrangs neu geschaffenen) Institutionen des politischen Systems, die Entwicklung einer Bürgergesellschaft und die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Prozess zentral für den Bestand der Demokratie sind, wird auch hier verhandelt.

Eine Renaissance erfuhr der Begriff schließlich im Kontext des Klimawandels (Kristof 2020). Im Hauptgutachten „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ hat der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ 2011 eine Umprägung vorgenommen, die bis heute anhält. Danach sind Transformationen von Gesellschaften, von Politik und Wirtschaft erforderlich, um die planetarischen Grenzen des Klimawandels einzuhegen. Der Fokus liegt dabei auf der transformativen Wirkung, die paradigmatisch in eine digitalisierte Nachhaltigkeitsgesellschaft führt – global und aktiv gestaltet.

3. Politische Teilhabe, politische Partizipation und Transformationsnotwendigkeiten in Deutschland

Daran knüpft auch die Ampel-Koalition der Bundesregierung mit dem Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ (2021) an. Die Vereinbarung könnte auch in Anlehnung an Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen“, 1969) „Mehr Transformation wagen“ lauten. Denn die drei Ampel-Parteien, SPD, Grüne und FDP, beschreiben in vielen Kapiteln, wie sich Deutschland wandeln soll: gesellschaftlich integrativ, nachhaltig und innovationsgetrieben. So soll der Industriestandort Deutschland in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft transformiert werden, was keine Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens auslässt. Das ist ein sehr

hoher Anspruch. Denn wie steuert man in Deutschland einen Wandel als Transformation und welche Rolle spielt dabei politische Teilhabe? Die Bundesrepublik ist – mit Ausnahme spezifischer Phasen – eher als veränderungsresistent bekannt (Delhees et al. 2008), was an institutionellen-politikverflechtenden Barrieren und politisch-kulturellen Befindlichkeiten der Sicherheitsdeutschen liegt (Korte 2001; Korte/Fröhlich 2009; Korte et al. 2023b; Derrig 2020; Druyen 2018). Hier spielen sich Veränderungen eher langsam ab, was gleichzeitig den hohen Standard an gesellschaftlichem und sozialem Frieden sichert. Disruptionen und externe Schocks können allerdings zu Veränderungen führen (Rüb 2014). Es ist deshalb sicher kein Zufall, dass sich die Ampel-Koalition erstmals im Zeichen der „Coronakratie“ (Florack et al. 2021) auf Bundesebene konstituierte. Das Virus hatte seit 2020 alle Bereiche unseres Lebens auf die Probe gestellt und sowohl Veränderungen erzwungen, als auch die Sehnsucht nach Kontinuität beflügelt. Das politische Denken kreist in einem demokratischen Verfassungsstaat um die Ordnung der Freiheit (Kielmansegg 2013). Das Corona-Virus setzte dieses Denken einem Stresstest aus. Der demokratische Modus des Regierens (Korte 2022; Korte 2024; Korte/Florack 2022) war extrem herausgefordert, ging es doch nicht nur um effiziente Mechanismen zur Problemlösung, sondern, viel existenzieller, um das Überleben der Bürgerinnen und Bürger. Die Risikoentscheidungen standen nicht nur unter besonderen Unsicherheitsbedingungen, sondern waren auch strukturell als Dilemma angelegt: Freiheit oder Gesundheit? Diese Zielkonflikte alarmierten. Die „Coronakratie“ ist die Antwort auf diese Herausforderungen. Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, dass Krisen unser politisches System weiter erschüttern werden. So erfahren wir seit Februar 2022 in europäischer Nachbarschaft, was es heißt, Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Der russische Angriffs-krieg gegen die Ukraine hat erneut disruptive Qualität.

4. Wandel politischer Partizipation – Teilhabe als Treiber der Transformation

Die Forschung an der Schnittstelle von Bewegungs-, Partizipations- und Parteienorganisationsforschung zeigt: Unsicherheit mobilisiert – häufig aber zur Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der politischen Institutionen, die im engeren Sinne Teil des politischen Prozesses sind, außerhalb politischer Parteien oder Wahlen (Hutter et al. 2019; Korte 2023a). Oder zumindest nicht im Rahmen der klassischen Organisations-

grenzen der Parteien (zu alternativen Reaktionsmöglichkeiten innerhalb oder jenseits von Organisationen: Hirschman 1970), sondern entlang gewandelter Logiken politischer Partizipation – die dann das Potential haben zum Treiber der Transformation zu werden. Besonders deutlich sieht man das einerseits am Entstehen neuer Parteien in allen europäischen Mitgliedstaaten, die häufig mit neuen Formen der (Mitglieder-)Partizipation experimentieren (Heidar 1994; Scarrow 2013) und besondere Bindungen zu Vorfeldorganisationen oder Online Communities als alternativen Kanälen politischer Teilhabe aufweisen (Lefkofridi/Weissenbach 2019; Weissenbach/Beyer 2022). Andererseits fällt auf, dass Bürgerinnen und Bürger – gerade in den Feldern, in denen Deutschland unter „Transformationsdruck“ steht, wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung oder Zuwanderung – auf neue Art und Weise politisch teilhaben und damit den Transformationsprozess vorantreiben: Bewegungen (im Netz oder auf der Straße), aktivistische Initiativen (hashtag activism), disruptive und informale Formen des Protests. Gemeinsam ist diesen Formen politischer Partizipation das konnektive und vernetzte Handeln (Bennett/Segerberg 2013): Diese Akteure passen sich schnell an, bringen eine manchmal rekordverdächtige Mobilisierung hervor, sind ungewöhnlich flexibel bei der Verfolgung politischer Ziele, wissen diverse Themen mittels flexibler Instrumente politischen Protests und Open-Source-Software zu bedienen und folgen damit einem demokratischen Inklusivitätsethos. Internationale Beispiele hierfür sind die im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise entstandene *Los-Indignados*-Bewegung („Bewegung 15. Mai“) in Spanien oder auch Occupy Wall Street. Digitalisierung hat die Schwelle für diese Art kollektiver Aktionen zusätzlich gesenkt, und zwar sowohl durch virale Kommunikations- und Mobilisierungsmöglichkeiten über soziale Medien als auch durch digitale Deliberation und Entscheidungsfindung auf Plattformen. So erklärt sich auch der weltweite Erfolg der Aktionen der Fridays-for-Future-Bewegung, die sich einerseits über formale Organisation koordiniert, andererseits die Planung und Durchführung der Proteste über Social-Media-Kanäle organisiert. Dabei erweitern Formen konnektiven Handelns bestehende Intermediäre und Akteurskonstellationen des politischen Systems. Politische Teilhabe ist hier gekennzeichnet durch netzwerkartige Aushandlungsprozesse zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die häufig auf internetbasierte Technologien zurückgreift (Bieber et al. 2022).

Grundlegende Erkenntnis daraus ist, dass in den unsicheren Zeiten des aktuellen Transformationsdruck verstärkt die Notwendigkeit besteht, Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftli-

chen Prozessen teilhaben zu lassen, wenn das Ziel sein soll, Teilhabe *innerhalb* der Institutionen der repräsentativen Demokratie zu ermöglichen. Gleichzeitig erscheint der „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und politischer Partizipation, der Frage also, wie Bürgerinnen und Bürger sich politische Partizipation vorstellen, für das Gelingen von Transformationsprozessen eine besondere Bedeutung zuzukommen (Klandermanns 2006).

5. Das Potential von Citizen Science: Einbezogen sein im Forschungsprozess und die „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und Partizipation in der Analyse

Die Bürgergesellschaft beim Wandel nicht nur mitzunehmen, sondern sie als „Agent des Wandels“ (Leggewie/Welzer 2009: 149) aktiv teilhaben zu lassen, erscheint grundlegend für das Gelingen von Transformationsprozessen. Diese Akzeptanz herzustellen ist in der Realität oft schwierig (Butzlaff/Messinger-Zimmer 2019). Denn Veränderungen bedeuten oft Zulässigungen und lösen Gegenkräfte oder den Rückzug in Routineverhalten aus. Beides hindert einen angemessenen Umgang mit der Notwendigkeit des Neuen. Routineverhalten ist dabei nicht per se schlecht – für das Gelingen von Transformationsprozessen ist das (Prozess-)Wissen über dieses Routineverhalten von Bürgerinnen und Bürgern vielmehr notwendig, wenn Institutionen wie politische Parteien der „Nachfrage-Seite“ politischer Partizipation gerecht werden soll. Die zentrale Frage für anschließende Forschung ist daher: Wie sehen die Routinen politischer Teilhabe auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger aus und welche Logik politischer Teilhabe lässt sich für die Institutionen des politischen Systems nutzbar machen um Vertrauen und Akzeptanz auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger zu generieren? Vertrauen und Akzeptanz in Institutionen, Akteure und Prozesse unseres politischen Systems – zwei Faktoren, die für die Bewältigung anstehender Transformationsnotwendigkeiten als notwendig erscheinen. Das Wissen hierfür und empirische Evidenz zu diesen Fragen lässt sich durch transdisziplinäre Forschung generieren. Im letzten Abschnitt dieses Beitrags werden deswegen Ansätze der Citizen Science (Vicens et.al. 2019; Heigl et. al. 2023) reflektiert, die Bürgerinnen und Bürger aktiv teilhaben lassen – in „Citizen Social Labs“ (Vicens et. al. 2018), durch Community-Forscher (Richardson 2014) oder durch Ko-Kreation von Ideen und Lösungen in Online Communities, durch Smartphone apps oder via Video Game. Diese Forschungszugänge helfen uns dabei durch neues Wissen zu

verstehen unter welchen Bedingungen Bürgerinnen und Bürger Teilhabe-perspektiven entwickeln und aktiv partizipieren. Für unser Erkenntnisinteresse politische Teilhabe ist das doppelte Potential von *Citizen Science* Projekten dabei einerseits politische Partizipation unter Realbedingungen zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, andererseits ein Feld das selbst unter Vertrauensverlust auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger leidet – Forschung und Wissenschaft – erfahrbar und teilhabbar zu machen. Das Potential der „Bürger:innenforschung“ für Teilhabe ist dabei der partnerschaftliche Forschungsansatz, der über Sektoren hinweg Politikerinnen und Politiker, Gemeindemitglieder, Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen aus unterschiedlichen Sektoren und ademische Forscherinnen und Forscher gleichberechtigt in alle Aspekte des Forschungsprozess einbezieht.

Die European Citizen Science Association (ECSA) hat sich 2015 auf Voraussetzungen für eine „gute Praxis“ im Feld der Citizen Science geeinigt:

1. „Citizen Science Projekte binden Bürgerinnen und Bürger aktiv in wissenschaftliche Unternehmungen ein, die zu neuem Wissen und Verstehen führen.
2. Citizen Science Projekte führen zu echten wissenschaftlichen Ergebnissen.
3. Alle Teilnehmenden profitieren von der Teilnahme, sowohl die institutionell beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch die ehrenamtlich Beteiligten.
4. Wenn sie möchten, können die Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sich an verschiedenen Phasen im wissenschaftlichen Prozess beteiligen.
5. Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler erhalten eine Rückmeldung (Feed-back) vom Projekt.
6. Citizen Science ist ein Forschungsansatz, der, wie andere auch, Limitationen und Vorannahmen hat, die berücksichtigt und kontrolliert werden müssen.
7. Die Daten und Metadaten aus Citizen Science Projekten werden öffentlich zugänglich gemacht und die Ergebnisse soweit möglich in einem open-access Format publiziert.
8. Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wird Dank und Wertschätzung in den Projektergebnissen und -publikationen ausgesprochen.

9. Die Evaluierung von Citizen Science Programmen erfolgt auf Grundlage der wissenschaftlichen Ergebnisse, der Qualität der Daten, des Mehrwerts für die Beteiligten sowie der breiteren gesellschaftlichen Wirkung.
10. Die Projektverantwortlichen berücksichtigen bei sämtlichen Aktivitäten legale und ethische Aspekte, die Urheberrechte, Rechte des geistigen Eigentums, Datenprotokolle, Vertraulichkeit, Verantwortlichkeiten oder Auswirkungen auf die Umwelt betreffen.“

Reflektiert man diese Gütekriterien und unterzieht sie dem „Praxistest“¹ zeigt sich eine Vielfalt an unterschiedlichen Rollen die Bürgerinnen und Bürgern in *Citizen Science* Projekten zukommen und über die Rolle als ‚Datensammlerinnen und Datensammler‘ hinaus geht. *Citizen Science* bricht die Distanz zwischen Privatheit und Wissenschaft auf und hat den Anspruch das ‚alle‘ Expertinnen und Experten sind: Bürgerinnen und Bürger können projektleitend sein, Teilhabe am wissenschaftlichen Prozess ist möglich durch Beiträge, durch Mitarbeit oder als Multiplikatoren. Der Zugang der *Citizen Science* ergänzt bestehende Methoden der Datenerhebung und -analyse triangulär und hat das Potential einerseits rein wissenschaftliche Fragen zu bearbeiten und andererseits Brücken zu schlagen zu praxis-relevanten Fragen im Bereich unterschiedlicher ‚Transformationsthemen‘ wie Nachhaltigkeit oder Digitalisierung. Das individuelle Gefühl auf Seiten von Bürgerinnen und Bürger tatsächlich Einfluss auf Politik zu haben und von wissenschaftlicher Seite gehört zu werden trägt zur Akzeptanz von Wandel und Transformation bei – eben weil die Prozesse die hinter dem Wandel liegen transparent geworden sind und zu jedem Zeitpunkt in diesem Prozess ‚mitgemacht‘ werden konnte: Bei der Herleitung der forschungsleitenden Fragen, bei der Ausgestaltung der Methode der Datenerhebung und -analyse, sowie schließlich bei der Kommunikation der Ergebnisse. Darüberhinaus profitieren in *Citizen Science* Projekten – entlang der aufgestellten Gütekritierien – alle Teilnehmenden individuell: soziale Interaktion, Spaß, Weiterbildung oder Publikationen sind für alle Beteiligten Ansporn. Soll dieser Zugang tatsächlich für Akzeptanz auf Seiten der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger sorgen, erscheint zentral Trans-

1 Für die gemeinsame kritische Reflektion sei an dieser Stelle den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars „Citizen Science in der Politikwissenschaft. Politische Partizipation in und um Parteien“ bei Kristina Weissenbach im Bachelorstudiengang Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen gedankt.

parenz darüber herzustellen, wie die Daten genutzt werden, zu welchen wissenschaftlichen Ergebnissen das Projekt kommt und welche politischen oder gesellschaftlichen Ergebnisse daraus resultieren. Doch nicht nur die Publikation der Ergebnisse, sondern die Veröffentlichung ihrer Prämissen und Vorüberlegungen ist zentral. Reflektiert man *Citizen Science* im Verhältnis zu ‚traditionellen‘ Forschungszugängen wird der Plattformcharakter, die flachen Hierarchien im Prozess, die Teilhabemöglichkeiten für eine breite Öffentlichkeit und grundlegend eine Demokratisierung von Wissen und Wissenschaft sichtbar.

In der Politikwissenschaft steckt die *Citizen Science* noch in den Kinderschuhen (Tauginienė et al. 2020) und muss sich – trotz des Potentials des Ansatzes für Fragen der politischen Teilhabe – hüten, nicht den ‚Fehler der Politik‘ zu machen und in der ‚Bubble‘ zu forschen, sondern tatsächlich die Gesellschaft in ihrer Vielfalt einzubinden. In der praktischen Umsetzung scheitert es häufig genau daran. Diskutiert werden muss: Wen spricht man an, wenn man Bürgerschaft meint – den Faktor den wir eingangs als so zentral für Transformationsprozesse eingeordnet haben. Welchen Logiken folgt man bei der Bewerbung, Einladung und Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern für das Projekt? Wie sieht das Screening aus und wird rekrutiert an Universitäten, in Arbeitsämtern, Fußballstadien oder Golfclubs und wie kann für Chancengleichheit bei der Teilhabe am Projekt gesorgt werden? Wer entscheidet welche Themen ‚relevant‘ sind wie behandelt zu werden?

6. Schlussfolgerung: Routinen in Umbruchzeiten verstehen

Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen und dadurch Akzeptanz für notwendige politische Transformationen zu schaffen waren eingangs die Vorüberlegungen. Gelingt dies, so die Prämissen, kann politische Teilhabe zum Treiber der Transformation werden. Zentral für dieses Gelingen erscheint nach der konzeptionellen Diskussion der Befund, dass sich die Nachfrageseite politischer Partizipation vor dem Hintergrund wahrgenommener Unsicherheit zu Zeiten der Transformation verändert. Bürgerinnen und Bürger ziehen sich zurück in Alltagsroutinen oder brechen in ihrem Verhalten daraus aus. Auf der Straße oder im Netz – die Logik ist häufig dieselbe: konnektiv. Diese Veränderung von Partizipationsroutinen in unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft besser zu verstehen – und

in konkrete Teilhabemöglichkeiten innerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie und neue Modelle demokratischer Willensbildung zu übersetzen – ist die abzuleitende Forschungsagenda. Die Zugänge der *Citizen Science* haben das Potential diese ‚Nachfrage-Seite‘ politischer Partizipation beobachtbar zu machen, ergänzen hierbei Umfrageforschung, Experimente oder Fokusgruppen und generieren durch das Einbeziehen von Bürgerinnen und Bürger in den Forschungsprozess neues Wissen, das über Praxiswissen hinaus geht.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bennett, Lance W., Segerberg, Alexandra (2013): *The Logic of Connective Action*, New York: Cambridge University Press.
- Bieber, Christoph, Borucki, Isabelle, Ruttloff, Daniel, Weissenbach, Kristina, Ziegler, Stine (2022): Digital, divers, dynamisch. Perspektiven der Parteidemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 72:10-11, 35-41.
- Butzlaff, Felix, Messinger-Zimmer, Sören (2019): Undermining or defending democracy? The consequences of distrust for democratic attitudes and participation, *Critical Policy Studies*, 14:3, 249-266, DOI: 10.1080/19460171.2019.1584120.
- Cairney, Paul (2011): *Understanding public policy*, London: MacMillan Education.
- Delhees, Stefanie, Korte, Karl-Rudolf, Switek, Niko, Schartau, Florian, Weissenbach, Kristina (2008): *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*, Baden-Baden: Nomos.
- Derrig, Ríán (2020): Was Menschen dazu bringt, auch strenge Regeln zu befolgen. Die Pandemie zeigt Grenzen der Nudging-Theorie auf, *WZB-Mitteilungen*, H. 168, 66-72.
- Druyen, Thomas (Hrsg.) (2018): *Die ultimative Herausforderung – über die Veränderungsfähigkeit der Deutschen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*, New York/London/Sydney: John Wiley & Sons.
- ECSA (European Citizen Science Association) (2015): *Ten Principles of Citizen Science*. Berlin. <http://doi.org/10.17605/OSF.IO/XPR2N>
- Endreß, Martin, Maurer, Andrea (Hrsg.) (2015): *Resilienz im Sozialen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Florack, Martin, Korte, Karl-Rudolf, Schwanholz, Julia (Hrsg.) (2021): *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt/M.: Campus.
- Heigl, Florian, Kieslinger, Barbara, Paul, Katharina T., Uhlik, Julia, Dörler, Daniel (2023): Toward an international definition of citizen science, *Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS)*, 116:17, 8089-8092.
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, Voice, Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge: Harvard University Press.

- Hutter, Swen, Kriesi, Hanspeter, Lorenzini, Jasmine (2019): Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32:2, 163-177, DOI: 10.1515/fjsb-2019-0023.
- Kielmansegg, Peter Graf (2013), *Die Grammatik der Freiheit*, Baden-Baden: Nomos.
- Kimhi, Shaul, Eshel, Yohanan (2022): Politische Psychologie und Resilienz, in: Zmerli, Sonja, Feldmann, Ofer (Hrsg.): *Politische Psychologie*, Baden-Baden: Nomos, 453-462.
- Klandermans, Bert (2006): The Demand and Supply of Participation: Social-Psychological Correlates of Participation in Social Movements, in: Snow, David A., Soule, Sarah A., Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford: Blackwell Publishing, 360-379.
- Heidar, Knut (1994): The Polymorphic Nature of Party Membership, *European Journal of Political Research*, 25:1, 61-86, DOI: 10.1111/j.1475-6765.1994.tb01201.x.
- Kollmorgen, Raj, Merkel, Wolfgang, Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Korte, Karl-Rudolf (2022): Politische Mechanik. Über Entscheidungsheuristiken in der Politik, in: Korte, Karl-Rudolf, Scobel, Gert, Yıldız, Taylan (Hrsg.): *Heuristiken des politischen Entscheidens*, Berlin: Suhrkamp, 289-321.
- Korte, Karl-Rudolf (2024): Wählermärkte. Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik, Frankfurt/M./ New York: Campus (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf, Florack, Martin (Hrsg.) (2022): *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Korte, Karl-Rudolf, Fröhlich, Manuel (2009): Politik und Regieren in Deutschland, Paderborn: UTB.
- Korte, Karl-Rudolf, Schiffers, Maximilian, Schuckmann, Arno von, Plümér, Sandra (Hrsg.) (2023a): *Die Bundestagswahl 2021*, Wiesbaden: Springer VS (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf, Richter, Philipp, Schuckmann, Arno von (Hrsg.) (2023b): Regieren in der Transformationsgesellschaft. Impulse aus Sicht der Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer VS.
- Kristof, Kora (2020): Wie Transformation gelingt, München: oekom.
- Lefkofridi, Zoe, Weissenbach, Kristina (2019): The institutionalisation of new parties in Greece. (How) does it matter for success?, in: Harmel, Robert, Svåsand, Lars G. (Hrsg.): *Institutionalisation of political parties: Comparative cases*, London/ New York: ECPR Press Rowman & Littlefield International.
- Leggewie, Claus, Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt/M: Fischer-Taschenbuch.
- Lowi, Theodore J. (1972): Four Systems of Policy, Politics and Choice, *Public Administration Review*, 32:4, 298-310.
- Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen (1999): Die Konsolidierung der Demokratie, in: Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Von der Diktatur zur Demokratie*, Wiesbaden: Springer VS, 135-183, DOI: 10.1007/978-3-322-83336-5_5.

- Plümer, Sandra, Schiffers, Maximilian (2022): Dynamics of Policy Change. Conceptualizing policy change and stability in a transforming society, *der modern staat* (dms), 15:2, 275-292.
- Polanyi, Karl (2021): *The Great Transformation*, Berlin: Suhrkamp.
- Richardson, Liz (2014): Engaging the public in policy research: Are Community Researchers the Answer? *Politics and Governance*, 2:1, 32–44, DOI: 10.17645/pag.v2i1.19.
- Rosa, Hartmut (2021): *Unverfügbarkeit*, Berlin: Suhrkamp.
- Rüb, Friedbert W. (Hrsg.) (2014): *Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik*, Baden-Baden: Nomos.
- Scarrows, Susan (2013): New Challenges of Intra-Party Democracy: Grassroots Activists, Instant Members, and Cyber-Militants, in: Avril, Emmanuelle, Zumello, Christine (Hrsg.): *New Technology, Organizational Change and Governance*, London: Palgrave Macmillan, 85–101.
- Schleicher, Katharina (2021): Von alternativen Paradigmen zur umfassenden Transformation, Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, Vivian (2010): Taking ideas and discourse Seriously: explaining change through discursive institutionalism as the fourth 'new institutionalism', *European Political Science Review*, 2:1, 1-25.
- Tauginienė, Loreta, Butkevičienė, Egle, Vohland, Katrin, Heinisch, Barbara, Daskolia, Maria, Suškevičs, Monika, Portela, Manuel, Balázs, Bálint, Prüse, Baiba (2020): Citizen science in the social sciences and humanities: the power of interdisciplinarity, *Palgrave Communications* 6:89, DOI: 10.1057/s41599-020-0471-y.
- Vicens, Julián, Perelló, Josep, Duch, Jordi (2018): Citizen Social Lab: A digital platform for human behavior experimentation within a citizen science framework, *PLoS one*, 13:12, DOI: 10.1371/journal.pone.0207219.
- Weissenbach, Kristina (2016): *Parteienförderung im Transitionsprozess*, Wiesbaden: Springer VS.
- Weissenbach, Kristina, Beyer, Jessica (2022): Party institutionalization via platform? A comparative analysis of highly populated online communities on their route to institutionalized parties, *Konferenzpapier, Jahrestagung AK Digitalisierung und Politik der DVPW*, September 2022.

